

Ja zum Energiesparen im Hallenbad, Nein zum Geldsparen im Voranschlag

WALLISELLEN Die Walliseller bewilligten an der Gemeindeversammlung eine Anlage, die im Hallenbad Energie einspart. Sparen beim Budget war hingegen nicht möglich: Alle Kürzungsanträge von RPK und SVP wurden abgelehnt.

Für rund 450 000 Franken kann im Water World Wallisellen eine Anlage zur Wärmerückgewinnung installiert werden. Die 165 anwesenden Stimmberechtigten von Wallisellen (1,8 Prozent) haben am Mittwochabend an der Gemeindeversammlung im Saal zum Doktorhaus den erforderlichen Kredit mit nur einer Gegenstimme bewilligt.

Konkret könne mit der neuen Anlage die bezogene Fernwärme durch die Rückgewinnung der Energie aus der Fortluft mittels einer Wärmepumpe beträchtlich reduziert werden. Gemäss Tobias Meier Kern, Vorsteher Finanzen und Liegenschaften, würden die jährlichen Einsparungen rund 90 000 Franken betragen. Die Inbetriebsetzung der Anlage soll während der Revision des Hallenbades im April 2017 erfolgen.

Steuerfuss bleibt gleich

Zum Voranschlag (Aufwand: 45,5 Millionen Franken; Ertrag: 46,8 Millionen Franken) und dem gleichbleibenden Steuerfuss von 48 Prozent der Schulgemeinde hatte niemand im Saal einen Antrag gestellt. Mit je einer Gegenstimme wurde beides angenommen.

Bei der Politischen Gemeinde war der Steuerfuss ebenfalls unumstritten. Dieser wurde einstimmig bei 49 Prozent belassen. Bei der Behandlung des Voranschlags (Aufwand: 108,5 Millionen Franken; Ertrag 99,7 Millionen Franken) hingegen stellte die Rechnungsprüfungskommission (RPK) den Antrag, dass die ausserordentlichen Abschreibungen von 5,9 Millionen Franken zu streichen sind. Unterstützt wurde dies von der SVP. Die Volkspartei ging allerdings noch einen Schritt weiter. Insgesamt fünf Sparanträge präsentierte Thomas Eckereder, Präsident der SVP Wallisellen, den Stimmberechtigten im Saal. Um je 100 000 Franken sollten die Konten «Hilfsaktionen», «Friedhof und Bestattungen», «Kultur und Sport» sowie «Hallen- und Freibad» gekürzt werden. Für das Konto «Parkanlagen und öffentliche Brunnen» betrug der Sparantrag 60 000 Franken. Wie Eckereder ausführte, sei es bewusst dem Gemeinderat überlassen worden, in welchem Unterkonto der Sparhebel wie stark angesetzt werden soll.

Finanzvorsteher Tobias Meier Kern räumte ein, dass all diese Sparanträge machbar seien. Jedoch müsse man bedenken, welche Konsequenzen diese nach sich ziehen würden. «Um zu sparen, könnte man beispielsweise in den Parkanlagen auch weniger häufig die Abfallkübel leeren», führte er aus. Auch könnten die Beiträge an die örtlichen Vereine gekürzt werden.

Sparübungen fallen durch
Die Reaktionen auf die SVP-Anträge fielen deutlich aus. So sagte SP-Präsident Tobias Hofstetter, dass die Anträge beweisen, dass es schwierig sei, an einer Gemeindeversammlung Sparanträge zu machen, die sinnvoll seien. «Meist sind diese nur Budgetkosmetik», sagte er. Es sei zynisch und so kurz vor Weihnachten fast unchristlich, 0,2 Steuerprozent sparen zu wollen.

Sparübungen fallen durch

In der Abstimmung erlitten dann auch alle Anträge Schiffbruch. Der Vorschlag der RPK wurde mit 115 Nein- zu 18 Ja-Stimmen abgelehnt. Bei den Anträgen der SVP lag die Anzahl der Befürworter sogar nur im einstelligen Bereich. Am Ende wurde der Voranschlag mit zwei Gegenstimmen gutgeheissen.

Als letztes Geschäft des Abends stand die Revision der Verordnung über die Siedlungsentwässerungsanlagen (Sevo) auf der Traktandenliste. Das äusserst technische Regelwerk – «Sie haben sicher alle die Sevo vor der Gemeindeversammlung im Detail gelesen», scherzte Gemeindepräsident Bernhard Krismer – wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Alexander Lanner



Aus der Luft, die vom Hallenbad durch die drei Kamine nach aussen gelangt, kann in Zukunft Wärme zurückgewonnen werden.

Sibylle Meier

ANFRAGE VON MARKUS PFANNER

Keine Antwort ist auch eine Antwort

Der Walliseller Markus Pfanner hatte bereits im September eine Anfrage gemäss Paragraph 51 des Gemeindegesetzes eingereicht. Diese hat ein Strassenprojekt in Dietlikon zum Thema, mit dem der Verkehr in Dietlikons Einkaufsmeile mit Coop Megastore, Ikea oder Jumbo verbessert werden soll. Von den Gesamtkosten von rund 24 Millionen Franken übernimmt der Kanton rund 16 Millionen Franken, die Gemeinde Dietlikon rund 8 Millionen Franken. Wallisellen entstehen keinerlei Kosten. Der Kanton hat das Projekt im Frühling festgesetzt. Dagegen

wurden sieben Beschwerden eingereicht. Eine davon stammt gemäss Medienberichten von der Gemeinde Wallisellen.

Rund zehn Fragen hatte Pfanner dem Gemeinderat gestellt. Unter anderem wollte er wissen, ob der Gemeinderat Wallisellen wirklich zu den sieben Beschwerdeführern gehört. Und wenn ja, aus welchem Grund und worin das öffentliche Interesse liege, sich gegen ein Strassenprojekt zu wehren, von dem die Walliseller profitieren und woran die Gemeinde nicht einmal etwas bezahlen muss. Zudem fragte er danach, welche

Kosten durch die Beschwerde auf die Walliseller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – aufgeteilt in Anwaltskosten und Gerichtskosten – zukommen.

In seiner Antwort, die Pfanner 15 Minuten vor Beginn der Gemeindeversammlung erhalten hat, verwies der Gemeinderat auf das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG). Man habe sich bisher nicht zu einem laufenden Verfahren geäussert, daran würde auch die Anfrage nichts ändern, liess Gemeindeschreiberin Barbara Roulet die Gemeindeversammlung wissen.

Pfanner konnte sich danach ebenfalls an die Versammlung richten. Auch wenn seine Fragen nicht wirklich beantwortet wurden, sei für ihn die Stellungnahme erhellend gewesen. «Keine Antwort ist manchmal eben doch eine Antwort», stellte er fest. Zudem erinnerte er den Gemeinderat daran, was dieser sich selbst in seinem Leitbild auf die Fahnen geschrieben habe: «Behörden und Verwaltung sind bürgernah und pflegen eine offene Kommunikation.» Wie Pfanner meinte, sei jedoch alles Definitionssache – so auch Offenheit und Bürgernähe. all

RPK setzt sich nicht durch

NINIHO Die Stimmberechtigten sagten Ja zum Budget 2017 trotz Empfehlung der RPK auf Rückweisung. Zuvor hiessen sie einen Antrag aus dem Publikum gut, der Einsparungen von 74 000 Franken forderte.

123 Stimmberechtigte nahmen am Mittwoch an der Kreisgemeindeversammlung der Sekundarschulgemeinde Niederhasli Niederglatt Hofstetten (Niniho) teil. Sie hatten als einziges Traktandum über das Budget 2017 zu befinden. Der von der Schulpflege präsentierte Voranschlag sah einen Aufwand von gut 14,9 Millionen Franken und einen Ertrag von rund 14,5 Millionen Franken vor mit einem Defizit von 411 000 Franken.

Aus dem Plenum stellte Anita Lommatzsch den Antrag, die Ausgaben um insgesamt 74 000 Franken mit Kürzungen bei elf Positionen zwischen 2000 und 15 000 Franken zu verringern. «Dieser Betrag ist zwar nicht riesig», sagte sie. «Er setzt aber ein Zeichen für die richtige Richtung

in Bezug auf mögliche Sparmassnahmen.» Stephan Hässig, Präsident der FDP Niederhasli attestierte der Antragstellerin gute Kenntnisse der Dossiers. «Wir finden, dass die Schulpflege Fortschritte gemacht hat bei der Prüfung von Einsparungen und den Forderungen der Rechnungsprüfungskommission (RPK) entgegenkommt», sagte er.

Die RPK hatte in ihrem Abschied der Kreisgemeindeversammlung die Rückweisung des Voranschlags empfohlen, da zu wenig Sparbemühungen ersichtbar seien. Hässig dagegen plädierte für eine Annahme des Budgets unter Berücksichtigung der von Lommatzsch vorgeschlagenen Minderausgaben. Ihrem Antrag folgten 100 Anwesende, 13 waren dagegen, 10 enthielten sich der Stimme.

Zustimmung auch für Politische Gemeinden wichtig

Der Präsident der CVP Niederhasli, Raymond König, setzte sich ebenfalls für eine Annahme des korrigierten Budgets ein. «Anita

Lommatzsch hat eindrücklich gezeigt, wo Einsparungen möglich wären», sagte er. «Es ist wichtig, dass die Sekundarschule mit einem Budget arbeiten kann.» Auch für die Politischen Gemeinden sei es für die weitere Planung von Vorteil, den Steuerfuss der Schule zu kennen. Es folgten ein paar Fragen im Zusammenhang mit Ausgaben für Anschlusslösungen bei einzelnen Schülerinnen und Schülern, zu den Kosten bei Heimplatzierungen und dem Arbeitsaufwand bei den Schulleiterposten und den damit verbundenen Löhnen, die Schulpflegepräsident Philippe Chappuis zufriedenstellend beantwortete.

Die Versammlung verlief im Gegensatz zu jener im Sommer, als es bei der Genehmigung der Jahresrechnung zu hitzigen Diskussionen gekommen war, äusserst ruhig. 97 Stimmberechtigte genehmigten das Budget mit einem gegenüber der Vorlage um 74 000 Franken tieferen Defizit von 337 600 Franken bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 25 Prozent. Barbara Gasser

Budget sieht ein Minus vor

HÖRI Trotz Einsparungen wird im Voranschlag 2017 ein Minus budgetiert, das zweite in Folge. Als grössten Kostenfaktor nennt Gemeindepräsident Roger Götz die soziale Wohlfahrt.

Am Mittwochabend fanden 51 Stimmberechtigte (3,47 Prozent), darunter auch Kantonsrätin Ursula Moor, den Weg in den Singaal im Schulhaus Weiher. Auf der Traktandenliste der politischen Gemeinde stand das Budget für nächstes Jahr. Bei Steuereinnahmen von 2 Millionen Franken ergibt sich ein Aufwandüberschuss von rund 405 000 Franken. Diese Tatsache mache keine Freude und stimme nachdenklich, meinte Gemeindepräsident Roger Götz. Falls die Kosten sich so weiterentwickeln werden, stehe eine Steuererhöhung für das Jahr 2018 im Raum, gab er zu bedenken. Die Stimmberechtigten bewilligten das Budget dennoch einstimmig. Der Steuerfuss bleibt gleich wie letztes Jahr bei 45 Prozent.

Hanspeter Plüss, Finanz- und Liegenschaftsvorstand, erläuterte die Fakten hinter den Zahlen. Nach wie vor würden die Ausgaben im Sozialwesen und im Bereich der Gesundheit markant ins Gewicht fallen. In diesen Bereichen müssten im Vergleich zum Vorjahr rund 350 000 Franken mehr budgetiert werden. Ebenfalls anhaltend hoch seien die Kosten für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kesb, die Beiträge an die Langzeitpflege sowie die Spitex, die Zusatzleistungen zur AHV/IV, das Kinder- und Jugendzentrum Bülach.

Zwei Bewerber für Restaurant mit Wohnungen

Das Restaurant Casa Mia mit dazugehörigen Wohnungen ist im Besitz der Gemeinde Höri und steht zum Verkauf. Von dreissig Angeboten, die eingegangen seien, bleiben zwei Bewerber im Rennen. Laut Plüss stehen die Verhandlungen über den Verkaufspreis von mindestens 2,4 Millionen Franken noch an. Eine kurze Diskussion entspann sich

ob den Wildparkierern im Dorf. Gemeindepräsident Roger Götz sagte, die Gemeinde gehe bereits dagegen vor.

Bei der Versammlung der Primarschule Höri wurde gesagt, dass die Sonderschulungen zugenommen hätten. Erstmals konnte ein Kind infolge mangelnder Kapazität an der Heilpädagogischen Schule in Winkel nicht angenommen werden. Für Investitionen im Unterhaltsbedarf werden rund 1,2 Millionen Franken eingesetzt. Diese Rechnung genehmigte der Soverän ebenfalls einstimmig, somit bleibt der Steuerfuss bei 50 Prozent.

Während des Umbaus des Kindergartens Brunnehüsli, werden die zwei Klassen vom Januar 2017 bis Herbst 2017 im Schulhaus Weiher 1 unterrichtet. «Zugelstermin» ist der 9. Januar.

Gemeindepräsident Roger Götz und Primarschulpräsident Daniel Daldini führten zügig durch die Sitzung. Nach einer Stunde waren die Geschäfte unter Dach und Fach.

Marlies Reutimann